



HESSEN



Bericht aus Brüssel

18/2025 vom 03.10.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	4
Energie.....	5
Forschung.....	5
Finanzdienstleistungen.....	6
Finanzen.....	6
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	7
Landwirtschaft und Umwelt.....	7
Justiz.....	7
Inneres.....	8
Bildung und Kultur.....	9
EU-Förderprogramme.....	9
Veranstaltungen.....	9
Vorschau.....	10

Europäischer Rat; informelle Tagung am 01.10.2025

Die Staats- und Regierungschefs sind am 01.10.2025 zu einem informellen Europäischen Rat (ER) in Kopenhagen (DNK) zusammengekommen. Sie befassten sich mit der Unterstützung für die Ukraine, insbesondere dem Vorschlag der Kommission zur künftigen Finanzierung der Verteidigung des Landes durch ein Reparationsdarlehen auf Grundlage der eingefrorenen russischen Vermögenswerte. Gegenstand der Beratungen war auch die EU-Beitrittsperspektive der Ukraine; HUN lehnt einen Beitritt ab und bekräftigte seine Position auch auf diesem Gipfel. Außerdem diskutierten die Führungsspitzen, wie die gemeinsamen europäischen Verteidigungsfähigkeiten bis 2030 gestärkt werden können. Kommissionspräsidentin von der Leyen präsentierte den Staats- und Regierungschefs die Überlegungen der Kommission für einen entsprechenden Fahrplan, den sie in zwei Wochen vorstellen will. Dieser soll vier Leuchttürme, sog. Flagships enthalten, darunter einen Drohnenwall und ein System zum Schutz der EU-Ostflanke. Beschlüsse sollen auf dem nächsten regulären ER am 23./24.10.2025 in Brüssel gefasst werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2025/10/01/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Parlamentswahl Republik Moldau

Die Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen und die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission Kaja Kallas haben am 29.09.2025 den Ausgang der Parlamentswahl in der Republik Moldau begrüßt. Die Wählerinnen und Wähler hätten ein klares und starkes Mandat erteilt, das Bestreben der Republik Moldau, ein EU-Mitglied zu werden, aufrechtzuerhalten. Beispiellos und vielschichtig waren laut Kallas die Einflussnahme und der Druck vonseiten Russlands, vor deren Hintergrund der Wahlkampf und die Stimmabgabe selbst stattgefunden haben. Die EU verurteilt die unaufhörlichen hybriden Angriffe durch Russland und seine Stellvertreter, die darauf abzielen, die Rechtsstaatlichkeit und den demokratischen Prozess in der Republik Moldau zu untergraben sowie die Destabilisierung im Land zu fördern. Von der Leyen bekräftigte erneut die Unterstützung der EU für die Republik Moldau, welche den Beitritt zur EU anstrebt. Kallas äußerte die EU sei bereit, die nächsten Schritte im Rahmen des Beitrittsprozesses gemäß dem leistungsorientierten Ansatz einzuleiten und die Beitrittsverhandlungen weiter voranzubringen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/statement-von-prasidentin-von-der-leyen-zur-parlamentswahl-der-republik-moldau-2025-09-29_de

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/09/29/republic-of-moldova-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-parliamentary-elections/>

Rat; Sanktionen gegen Iran

Der Rat hat am 29.09.2025 beschlossen, eine Reihe von restriktiven Maßnahmen in Bezug auf die nuklearen Tätigkeiten Irans wieder einzuführen. Diese waren mit dem Inkrafttreten des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (JCPOA oder Atomvereinbarung mit Iran) im Jahr 2015 ausgesetzt worden. Bei den wieder eingeführten Sanktionen handelt es sich u.a. um Reiseverbote für Personen, das Einfrieren von Vermögenswerten von Personen und Organisationen, aber auch wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen im Handels-, im Finanz- und im

Verkehrssektor wie zum Beispiel Waffenausführverbote nach Iran und das Einfrieren von Vermögenswerten der iranischen Zentralbank.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/09/29/iran-sanctions-snapback-council-reimposes-restrictive-measures/>

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 25.09.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Aktionsplan für Stahl und Metalle“ sowie „Aktionsplan für den KI-Kontinent“. Außerdem fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „die Binnenmarktstrategie“ sowie „Öffentliche Auftragsvergabe“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=219364&meetingSessionId=2275274>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 01.10.2025 tagte die AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „die Verankerung der Global-Gateway-Strategie der EU vor Ort“ sowie „ProtectEU eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit“. Außerdem fand ein Meinungs austausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: „EU-Strategie für den Schwarzmeerraum“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=218913&meetingSessionId=2274656>

Wirtschaft

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Normungsverordnung

Vom 24.09.2025 bis zum 17.12.2025 hat die Kommission eine Konsultation zu der von ihr geplanten Überarbeitung der Normungsverordnung eröffnet. Es sollen die bei der Bewertung der Verordnung ermittelten Unzulänglichkeiten behoben sowie die Entwicklung systemischer Normen im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel beschleunigt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14511-Normungsverordnung-Überarbeitung_de

Rat; Erlassung neuer Rechtsvorschriften für EFRE, JTF und ESF+

Am 18.09.2025 hat der Rat, im Rahmen der Halbzeitüberprüfung der EU-Kohäsionspolitik, Änderungen an bestehenden Verordnungen angenommen, um aktuelle und neue strategische Herausforderungen im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt besser bewältigen zu können. Geändert werden der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Kohäsionsfonds sowie der Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) und der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+).

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/09/18/cohesion-policy-mid-term-review-council-adopts-new-laws-to-better-address-current-and-emerging-challenges/>

Energie

Kommission; Genehmigung deutscher Beihilfen für erneuerbare Energien

Am 18.09.2025 hat die Kommission eine Änderung einer bestehenden deutschen Regelung für erneuerbare Energien nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Durch die Änderung werden die Mittel für die Förderregelung für Biomasse und Biogas um 7,9 Mrd. EUR aufgestockt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/deutsche-beihilfe-fur-erneuerbare-energien-kommission-genehmigt-milliarden-aufstockung-2025-09-18_de

Forschung

Kommission; Forschung; Mobilitätsförderung; Choose Europe for Science

Die Kommission hat am 01.10.2025 eine neue Förderlinie im Bereich der Mobilitätsförderung für Forschende vorgestellt. Diese ist „Choose Europe for Science“ betitelt und Teil der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA). Finanziert wird die Initiative aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa und ist mit einem vorläufigen Budget von 22,5 Mio. EUR ausgestattet. Organisationen, die sich um eine Förderung im Rahmen von „Choose Europe for Science“ bewerben, sollen gemäß der Ausschreibung nicht nur Postdoktorandinnen und -doktoranden aufnehmen, sondern diesen auch längerfristige berufliche Perspektiven bieten. Unterstützt werden mindestens drei Postdoktoranden pro Projekt für bis zu fünf Jahre, wobei die EU die ersten zwei oder drei Jahre finanziert und die Gastinstitutionen die Beschäftigung der Forschenden für die verbleibenden zwei Jahre fortsetzen sollen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-startet-aufruf-choose-europe-science-langfristige-karrieren-fur-forscherinnen-und-2025-10-01_de

Rat; Forschung; Zukunft der EU-Forschungsförderung, Dual Use

Am 30.09.2025 fand der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung unter dänischem Vorsitz statt. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich in einer Orientierungsdebatte insbesondere zum Thema Horizont Europa aus, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Die Kommission hatte im Juli Gesetzesvorschläge zur Neuausrichtung des Programms ab 2028 vorgelegt. Die Ratsdelegationen legten in der Debatte einen Fokus auf Forschung für Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck (Dual Use). Die Kommission befürwortet in ihrem Vorschlag eine grundsätzliche Ausrichtung auf Dual Use, d.h. einschließlich Verteidigungsanwendungen. Mehrere Minister wiesen in dem Kontext auf bestimmte Sensibilitäten hin, die sich aus dem neuen Ansatz ergeben könnten. Viele der Delegationen begrüßten zwar die Einbeziehung von Dual-Use-Projekten in Horizont Europa, da die meisten Forschungsprojekte bereits eine Dual-Use-Dimension aufwiesen. Mehrere Delegationen betonten jedoch andererseits, wie wichtig es sei, den zivilen Charakter des Forschungs- und Innovationsprogramms im Auge zu behalten, und forderten, dass reine Verteidigungsprojekte nicht aus dem Forschungshaushalt (sondern aus dem Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit) finanziert werden sollten. Angemahnt wurde seitens mehrerer Delegationen auch eine klare Definition des Begriffs „doppelter Verwendungszweck“.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2025/09/30/>

Finanzdienstleistungen

Kommission; elf Staaten, auch Deutschland, bei Geldwäscherichtlinie im Verzug

Die Kommission hat am 25.09.2025 beschlossen, mit der Übermittlung von Aufforderungsschreiben Vertragsverletzungsverfahren gegen BEL, DNK, DEU, EST, GRI, ITA, CYP, KRO, POL, SLK und SWE einzuleiten, weil diese Länder es versäumt haben, die vollständige Umsetzung der 6. Geldwäscherichtlinie in nationales Recht mitzuteilen. Die Bestimmungen der Richtlinie müssen zu unterschiedlichen Zeitpunkten umgesetzt werden. Den größten Teil der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten erst bis zum 10.07.2027 umsetzen. Bis zur ersten Frist am 10.07.2025 mussten die Mitgliedstaaten den umfassenden Zugang zu Informationen über den wirtschaftlichen Eigentümer von juristischen Personen, Trusts oder ähnlichen Gestaltungen gewährleisten – einschließlich des Zugangs von Personen mit einem berechtigten Interesse. Die betroffenen Staaten müssen nun binnen zwei Monaten die Umsetzung der Richtlinie abschließen und der Kommission ihre Maßnahmen mitteilen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, mit Gründen versehene Stellungnahmen zu übermitteln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_25_2124

Finanzen

Euro-Gruppe; digitaler Euro

Am 19.09.2025 erzielten die Ministerinnen und Minister der Euro-Gruppe eine Einigung über die politischen Leitlinien zum digitalen Euro. Im Mittelpunkt standen dabei der institutionelle Rahmen, die Festlegung von Obergrenzen für zulässige Guthaben sowie die Weichenstellung für die endgültige Ausgabe. Der Ratsvorsitz informierte über den aktuellen Stand der Gesetzungsarbeiten, die das Projekt flankieren. Mit dieser Entscheidung betont die Euro-Gruppe den politischen Willen, den digitalen Euro voranzubringen. Es sei für die Zukunft des Euro entscheidend, dessen digitale Weiterentwicklung sicherzustellen und damit die Währung langfristig wettbewerbsfähig und zukunftsfest zu machen. Des Weiteren billigten die Ministerinnen und Minister das Arbeitsprogramm der Euro-Gruppe, welches die letzten Monate des laufenden Jahres 2025 und das erste Halbjahr 2026 abdeckt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2025/09/19/>

Kommission: Kommission und Europäischer Investitionsfonds investieren 30 Mio. EUR in Sienna Hephaistos Private Investments

Die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) haben am 17.09.2025 beschlossen, dem neuen Fonds Sienna Hephaistos Private Investments 30 Mio. EUR aus der Eigenkapitalfazilität für den Verteidigungsbereich des Programms „InvestEU“ bereitzustellen. Dieser von Sienna Investment Managers France verwaltete Fonds soll als sog. Private-Credit-Fonds ausschließlich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie mittelgroße Unternehmen (Midcap-Unternehmen) finanzieren, die kritischen Komponenten und Technologien liefern, jedoch nur begrenzten Zugang zu Bankkrediten haben. Ziel ist es, die Finanzierungslücke durch maßgeschneiderte Fremdfinanzierungen zu schließen, und somit den Ausbau von Produktionskapazitäten zu ermöglichen, Lieferketten zu stabilisieren und so Europas strategische Autonomie im Verteidigungsbereich zu stärken. Der EIF fungiert dabei als sog. Cornerstone-Investor und unterstreicht die sicherheits- und industriepolitische Bedeutung des Projekts.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2101

Kommission; Bericht der DG SANTE über die Rolle der Gesundheitssysteme bei der Verringerung von Armut und Ungleichheit

Der am 26.09.2025 veröffentlichte Bericht der Kommission untersucht den umverteilenden Effekt des öffentlichen Gesundheitswesens in der EU anhand von EUROMOD – einem Steuer-Nutzen-Mikrosimulationsmodell. Empirisch analysiert wird die Folgenabschätzung von Steuer- und Sozialleistungsreformen. Im Ergebnis seien Gesundheits-Sachleistungen zentral bei der Verringerung von Ungleichheit und Armut. Sie senken den Gini-Index in den MS um 1,5 bis 4,5 Punkte und die Armutsgefährdungsquote um 1,5 bis 8 Prozentpunkte. Vulnerable Gruppen profitieren am stärksten von den Leistungen.

https://health.ec.europa.eu/publications/report-role-healthcare-reducing-inequalities-and-poverty-eu_en

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Verschiebung der EU-Entwaldungsverordnung

Die Kommission hat dem EP am 23.09.2025 vorgeschlagen, den Geltungsbeginn der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) aus dem Jahr 2023, der bereits einmal auf den 30.12.2025 (für Kleinst- und Kleinunternehmen auf den 30.06.2026) verschoben worden war, um ein weiteres Jahr bis zum 30.12.2026 zu verzögern. Die EUDR soll den Handel mit bestimmten Produkten regulieren, die in Verbindung mit der Schädigung oder Abholzung der Wälder stehen könnten. Hierzu gehören z.B. Soja, Palmöl, Holz, Kautschuk, Rindfleisch, Kakao und Kaffee. Von den Unternehmen wird eine Sorgfaltserklärung verlangt, dass solche Produkte auf Flächen produziert wurden, auf denen seit dem 31.12.2020 keine Urwälder gestanden haben. Zum Nachweis wären u.a. ein unabhängiges Zertifikat sowie Geodaten und Satellitenbilder erforderlich. Die Kommission begründet den Schritt mit Kapazitätsproblemen bei den zur Überwachung und Durchsetzung erforderlichen IT-Systemen.

https://environment.ec.europa.eu/topics/forests/deforestation/regulation-deforestation-free-products_en

Justiz

EuGH; Schlussanträge zur Reichweite der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr hinsichtlich Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

In den verbundenen Rechtssachen C-188/24 (WebGroup Czech Republic und NKL Associates) und C-190/24 (Coyote System) hat Generalanwalt Maciej Szpunar am 18.09.2025 seine Schlussanträge vorgelegt. In den beiden FRA Ausgangsfällen ging es um die Reichweite der Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr hinsichtlich Vorschriften für bestimmte digitale Dienste zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Danach ist es in FRA u.a. verboten, Minderjährigen Zugang zu pornografischen Websites zu gewähren. Betreiber solcher Websites sind verpflichtet, technische Vorkehrungen zu treffen, um dies zu verhindern. Auch beschränkt das FRA Recht die mit Geolokalisierung arbeitenden Fahrassistenzdienste, indem es die Meldung bestimmter Verkehrskontrollen verbietet.

Diese Maßnahmen werden durch zwei Dekrete umgesetzt, deren Nichtigerklärung beim FRA Staatsrat in zwei verschiedenen Rechtssachen beantragt wird. Der Staatsrat hat den EuGH um Klärung angerufen. In seinen Schlussanträgen schlägt Generalanwalt Szpunar dem EuGH vor zu antworten, dass der von der Richtlinie definierte koordinierte Bereich beide o.g. Verbote umfasse.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=304414&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=26731692>

I n n e r e s

EuGH; Schlussanträge zu Auskunftersuchen nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie zu Schadenersatz bei Verstößen

Generalanwalt Maciej Szpunar hat am 18.09.2025 in der Rechtssache C-526/24 (Brillen Rottler) seine Schlussanträge zu Auskunftersuchen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und Schadenersatz bei Verstößen gegen die DSGVO vorgelegt. Im DEU Ausgangsfall meldete sich ein Privatmann aus Wien (AUT) auf der Website eines familiengeführten Optikerunternehmens in Arnsberg (DEU) für dessen Newsletter an, wofür er seine persönlichen Daten in die Anmeldemaske eingab. Zwei Wochen später verlangte er von dem Unternehmen Auskunft über die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten. Das Unternehmen hält die Anfrage für missbräuchlich und verweigerte die Auskunft. Der Betroffene nutze datenschutzrechtliche Auskunftsansfragen systematisch und rechtsmissbräuchlich, um anschließend Schadenersatzforderungen zu stellen. Dies gehe aus zahlreichen Berichten in einschlägigen Onlinemedien hervor. Der Betroffene ist hingegen der Meinung, dass das Auskunftsrecht nach der DSGVO umfassend und bedingungslos ausgeübt werden könne. Vor dem Amtsgericht Arnsberg (DEU) streiten das Optikerunternehmen und der Betroffene darüber, ob Letzterer nach der DSGVO einen Anspruch auf Auskunft hat und wegen Verletzung dieses Rechts Schadenersatz in Höhe von 1000 Euro verlangen kann. Das Amtsgericht Arnsberg fragt nach den Grenzen der Ausübung des Rechts auf Auskunft sowie den Grenzen des Anspruchs auf Schadenersatz nach der DSGVO. In seinen Schlussanträgen schlägt der Generalanwalt dem EuGH vor zu antworten, dass ein erster Auskunftsantrag, der bei einem Verantwortlichen gestellt wird, als „exzessiv“ eingestuft werden könne, wenn Letzterer anhand aller relevanten Umstände des Einzelfalls nachweise, dass die betroffene Person eine Missbrauchsabsicht verfolgt, wobei eine solche Absicht festgestellt werden könne, wenn diese Person in die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten eingewilligt hat, um diesen Auskunftsantrag stellen und anschließend Schadenersatz verlangen zu können. Ein solcher Antrag könne nach Ansicht des Generalanwalts nicht allein deshalb als „exzessiv“ eingestuft werden, weil öffentlich zugängliche Informationen den Schluss zulassen, dass die betroffene Person in zahlreichen Fällen bei Verletzungen des Datenschutzrechts ihr Recht auf Schadenersatz gegenüber einem Verantwortlichen geltend gemacht hat.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=304425&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=26735213>

Bildung und Kultur

Kommission; Bericht; Kultur und Gesundheit

Am 29.09.2025 hat die Kommission einen Bericht zum Thema „Kultur und Gesundheit. Zeit zu handeln“ vorgelegt. Dieser wurde von einer EU-Expertengruppe erarbeitet, die nach der sogenannten Offenen Methode der Koordinierung (OMK) getagt hat. Der Bericht beschäftigt sich mit den positiven Effekten der Partizipation von Europäerinnen und Europäern an Kultur auf die menschliche Gesundheit und berücksichtigt damit die Verbindung von Kultur und Gesundheit als sektorübergreifendes Handlungsfeld. Der Bericht richtet sich an Entscheidungsträger und präsentiert das transformative Potenzial gemeinsamer Strategien zu Kultur, Gesundheit und Wohlbefinden in der EU. Der Nutzen der Teilnahme an Kultur und Kunst für die menschliche Gesundheit und für das individuelle Wohlbefinden sei seit jeher bekannt. Die Ermöglichung von kulturellem Engagement für alle Bürger, unabhängig von deren Gesundheitszustand, stärke die kulturelle Resilienz, so der Bericht.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/3fa5e137-9787-11f0-97c8-01aa75ed71a1/language-en>

EU – Förderprogramme

Kommission; Europäischer Statistikwettbewerb 2026 offiziell gestartet

Der Europäische Statistikwettbewerb (European Statistics Competition – ESC) für das Jahr 2026 ist offiziell eröffnet. Im Rahmen des Wettbewerbs, der von Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern ausgerichtet wird, können Teams aus Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe – unterstützt von ihren Lehrkräften – ihre Fähigkeiten im Bereich Statistik unter Beweis stellen. Der Wettbewerb gliedert sich in eine nationale Vorrunde sowie die europäische Endrunde. Ausgelobt werden Sach- und Geldpreise. Die Anmeldung ist bis zum 14.11.2025 möglich.

[Europäischer Statistikwettbewerb - Bildungsecke - Eurostat](#)
[Europäischer Statistikwettbewerb - Bildungsecke - Eurostat](#)

Kommission; Start des studentischen Designwettbewerbs im Rahmen des „Neuen Europäischen Bauhauses“

Im Rahmen der Preisverleihung an 22 Gewinner-Projekte des „Neuen Europäischen Bauhauses“ (NEB) am 30.09.2025 wurde auch der studentische Designwettbewerb in dieser Stilrichtung eröffnet. Hier sind Studierende eingeladen, ein symbolisches Objekt vorzuschlagen, das Nachhaltigkeit, Schönheit und Zusammengehörigkeit verkörpert. Diesbezügliche Bewerbungen sind bis zum 31.01.2026 möglich.

[NEB Trophy 2026 - Design Competition - European Union](#)

Veranstaltungen

Sounding Board konkret: Kreislaufwirtschaft gestalten – hessische Impulse zum „Circular Economy Act“

Auf Einladung von Manfred Pentz, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, dem Hessischen Industrie- und Handelskammertag e.V. (HIHK) sowie dem Verband der Chemischen Industrie - Landesverband Hessen fand am 22.09.2025 in der Vertretung des Landes

Hessen bei der EU die vierte Ausgabe der Reihe „Sounding Board konkret“ statt. Im Fokus stand der Vorschlag der Europäischen Kommission zum „Circular Economy Act“. Staatsminister Pentz betonte in seiner Begrüßung die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die zentrale Rolle der Entbürokratisierung für Wirtschaft und Industrie und nicht zuletzt für Bürgerinnen und Bürger der EU. Das Sounding Board für die Wirtschaft ermögliche im Rahmen der Podiumsdiskussion den Austausch zwischen den Vertretern von Industrie, Wirtschaft und Politik zu Chancen und Herausforderungen von Kreislaufwirtschaft. In der anschließenden Podiumsdiskussion forderte Frank Aletter, Geschäftsführer des HHK, das Setzen klarer Grenzen für bürokratische Anforderungen bereits im Gesetzgebungsverfahren, um Unternehmen vor Mehrbelastungen und Innovationshemmnissen zu schützen. Dr. Pierre Gröning, Geschäftsführer des Europabüros des VCI plädierte für ein technologieoffenes, entbürokratisiertes Kreislaufwirtschaftsgesetz. Er betonte das bislang ungenutzte Potenzial des chemischen Recyclings und forderte stärkere Anreize für die Verwendung recycelter Materialien sowie eine effektivere Rechtsdurchsetzung an den EU-Grenzen. Daniel Imhäuser, Geschäftsführer der Blasius Schuster GmbH & Co. KG, unterstrich die Bedeutung eines europäischen Ansatzes und von Planungssicherheit, während Markus Patsch, Betriebsleiter der Entsorgungsbetriebe Wiesbaden, finanzielle Unterstützung und die Berücksichtigung für Recyclingfähigkeit bereits im Produktdesign forderte. Die Veranstaltung wurde von Dr. Detlef Fechtner, Chefreporter der Börsenzeitung, moderiert.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

09.10.2025	Euro-Gruppe
10.10.2025	Rat (Wirtschaft und Finanzen)
13.-14.10.2025	Informelle Tagung der Außenminister
13.-14.10.2025	Rat (Justiz und Inneres)
15.10.2025	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Verteidigung)
17.10.2025	Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)

Europäische Kommission

06.-07.10.2025	18. Europäisches Forum für Kernenergie
13.-15.10.2025	Europäische Woche der Regionen und Städte 2025

Europäisches Parlament

Europäisches Parlament 06.- 09.10.2025 Plenarsitzung in Straßburg

- Rolle der EU-Politik bei der Gestaltung des europäischen Sportmodells
- Was Europa ausmacht – Aussprache mit dem Premierminister von Luxemburg, Luc Frieden
- Änderung bestimmter Verordnungen über Finanzdienstleistungen und Investitionsunterstützung im Hinblick auf bestimmte Berichtspflichten
- Überarbeitung des Visa-Aussetzungsmechanismus
- Binnenschifffahrt: Binnenschifffahrtswegdienstleistungen
- Änderung bestimmter GAP-Verordnungen in Bezug auf das Konditionalitätssystem, Interventionskategorien in Form von Direktzahlungen, Interventionskategorien in bestimmten Sektoren, Berichte zur Entwicklung des ländlichen Raums und jährliche Leistungsberichte, die Governance im Bereich Daten und Interoperabilität, Aussetzungen von Zahlungen im Rahmen des jährlichen Leistungsabschlusses sowie Kontrollen und Sanktionen
- Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette
- Verlängerung der Ausnahmeregelung für emissionsfreie schwere Nutzfahrzeuge
- Förderung der EU-Vorschriften im Digitalbereich: Schutz der europäischen Souveränität - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Lage in Afghanistan - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Neue Strategische Agenda EU-Indien - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Feierliche Sitzung: Ansprache des grönländischen Premierministers Jens-Frederik Nielsen
- Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 zum Gesamthaushaltsplan 2025: Aktualisierung der Einnahmen (Eigenmittel) und Anpassungen der Ausgaben
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2025/002 DE/Goodyear 2 – Deutschland
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2025/001 BE/BelGaN – Belgien
- Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten
- Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 GO: genetisch veränderter Mais der Sorte DP51291 - Entschließungsanträge
- Einsetzung und Arbeitsweise Europäischer Betriebsräte – wirksame Durchsetzung
- Zweiter Weltgipfel für soziale Entwicklung - Erklärung der Kommission
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 150 GO)
- Erklärung der Grundsätze für eine geschlechtergerechte Gesellschaft - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2024

Ausschuss der Regionen

- 07.10.2025 COTER-Fachkommissionssitzung
Sondierung der Rolle des Privatsektors bei der Stärkung der Kohäsionspolitik nach 2027 (Meinungsaustausch)
Mobilitätsarmut (Abstimmung)
Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) nach 2027 einschließlich Eigenmittelpaket (Meinungsaustausch)
- 14/15.10.2025 168. AdR-Plenarsitzung
Strategie für eine Union der Kompetenzen
EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut
Lage der Energieunion: Vorbereitungen für eine reibungslose Energiewende im Einklang mit den Zielen des Pakets „Fit für 55“
Naturschutzgutschriften – ein Rahmen für die Förderung von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen
Europäische Verteidigung – Bereitschaft 2030
Stärkung der territorialen Dimension der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz
Einrichtung eines gemeinsamen Systems für die Rückkehr von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der Europäischen Union aufhalten
Stärkung der Rechte der Frauen in der EU: Eine lokale und regionale Perspektive
Entschließung zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen

Europäischer Gerichtshof

06.10.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-788/24 Anne Frank Fonds – Urheberrechtsschutz; Geoblocking (NDL)

08.10.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-579/24 Austro-Mechana und AKM – Teilen urheberrechtlich geschützter Werke auf großen Online-Plattformen (AUT)

09.10.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-368/24 Kommission / Griechenland (Durchführung eines Urteils zur Deponie von Zakynthos) – Mülldeponie im nationalen Meeresspark der griechischen Insel Zakynthos

09.10.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-483/24 ALDI (Spuren von Schädlingen) – Lebensmittelhygiene im Groß- und Einzelhandel (BEL)

14.10.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-225/24 Parlament / Kommission – Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn; Freigabe von EU-Mitteln

16.10.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-399/24 Airhelp Germany (Vom Blitz getroffenes Flugzeug) – Flugverspätung wegen Blitzschlag (AUT)

16.10.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-218/24 Iberia Líneas Aéreas de España (Begriff „Reisegepäck“) – Schadensersatz wegen Abhandenkommens eines Haustiers bei Flugbeförderung (ESP)

16.10.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-458/24 Daraa – Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen (DEU)

16.10.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-457/23 P Deutsche Lufthansa / Ryanair u. a. – Rekapitalisierung von Lufthansa im Kontext der Covid-19-Pandemie

16.10.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-484/24 NTH Haustechnik – Datenverarbeitung durch die Justiz (DEU)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 17.10.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

